

NEWSLETTER MAI 2011

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Ereignisse im japanischen Fukushima und die noch immer anhaltende Ungewissheit, was dort im Atomkraftwerk eigentlich wirklich passiert ist bzw. nach wie vor passiert, hat die energiepolitische Debatte in den vergangenen Wochen geprägt. Seitdem hat sich auch bei den Parteien einiges bewegt. Wer hätte es für möglich gehalten, dass Union und FDP zumindest ansatzweise zum rot-grünen Atomausstieg zurückkehren? Noch im vergangenen Herbst haben sie ihr Energiekonzept mit den darin enthaltenen Laufzeitverlängerungen als „Revolution“ und „Meilenstein in der Energiepolitik“ gefeiert.

Nach dem Energiegipfel am Sonntag im Kanzleramt will die Bundesregierung ihren Irrtum der Laufzeitverlängerung vom vergangenen Jahr nun ansatzweise rückgängig machen. Dennoch bleiben noch viele Fragen offen. Damit die Energiewende weg von der Atomkraft hin zu den Erneuerbaren Energien gelingen kann, muss das von der Bundesregierung vorgelegte Konzept in wesentlichen Punkten nachgebessert werden. So muss es etwa für die verbleibenden Atomkraftwerke einen gestuften und mit verbindlichen Abschaltzeiten versehenen Ausstiegsfahrplan geben. Nur das schafft Planungssicherheit für neue Investitionen in Erzeugungskapazitäten. ‚Kaltreserven‘ und die Übertragung von Reststrommengen hingegen passen nicht zum Ausbau der vorwiegend dezentralen Erneuerbaren Energien.

Das Atommoratorium hat auch gezeigt, dass es den von der Atomlobby prophezeiten ‚Blackout‘, deutlich steigende Strompreise und hohen Stromimporten nicht gibt. Am Ende kommt es nicht nur auf das Abschaltdatum des letzten Atomkraftwerks an, sondern wie wir mit der Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und –einsparung tatsächlich vorankommen. Dazu gehören die von der Bundesregierung angekündigten und zum Teil vorliegenden Gesetzesnovellen z.B. für das Erneuerbaren-Energien-Gesetz, das Netzausbaubeschleunigungsgesetz, das Energiewirtschaftsgesetz, das KWKG-Gesetz, das CCS-Gesetz u. v. m.

In den nächsten Wochen und Monaten wird sich entscheiden, ob nach der Fehlentscheidung der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke im Herbst letzten Jahres nunmehr der vorhandene gesellschaftliche Konsens, weg von der Atomkraft hin zu den Erneuerbaren und Effizienz in einen politischen Konsens zur Energiewende mündet?

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!



Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

- 1) **Energiepolitik in Deutschland – Zeichen für die Zukunft setzen**
- 2) **CCS-Gesetz auf dem Weg trotz vieler ungeklärter Fragen**
- 3) **EEG-Novelle bleibt hinter den Erwartungen zurück**
- 4) **Gebäudesanierung ist wichtiger Baustein für Energiewende**
- 5) **Ausbau und Modernisierung der Stromnetze für Energiewende nötig**
- 6) **E-Mobilität – den Verkehr unter Strom setzen**
- 7) **Kapazitäten der Erdgasspeicher haben sich versiebenfacht**
- 8) **Update Unkonventionelles Erdgas**
- 9) **Gesetzesänderungen bei PV-Anlagen tragen zur Rechtssicherheit bei**
- 10) **In Windrädern verwendetes Neodym sorgt für Umweltschäden in China**
- 11) **Politik trifft Wirtschaft – Wirtschafts junior im Bundestag**
- 12) **Kommunalpolitischer Ratschlag zum neuen Windenergieerlass**
- 13) **Termine:**
 10. Juni: **Fachgespräch Kraft-Wärme-Kopplung in Berlin**
 17. Juni: **Filmvorführung „Energie in Bürgerhand“ in Gera**
 18. Juni: **Braunkohle-Veranstaltung in Bergheim (NRW)**
 01. Juli: **Austausch: Rolle der Stadtwerke in der Energiewende in Düsseldorf**
 09. Juli: **GAR zur kommunalen Energiepolitik in Oberhausen**

1) Energiepolitik in Deutschland – Zeichen für die Zukunft setzen

Die Notwendigkeit des Ausstiegs aus der gefährlichen Atomkraft ist nicht nur in der Mitte der Gesellschaft fest verankert, sondern auch zunehmend bei Politikern der Regierungskoalition. Nach der Kernschmelze des Energiekonzepts der Bundesregierung vom vergangenen Herbst hat sie ein dreimonatiges Moratorium verhängt und die sieben ältesten Meiler und den Pannereaktor Krümmel vom Netz genommen. Weitere Atomkraftwerke sind aufgrund von Wartungsarbeiten temporär stillgelegt. Innerhalb kürzester Zeit will die schwarz-gelbe Bundesregierung nun bis zu sechs Energiegesetze durch das Parlament peitschen. Das Atomgesetz, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Energiewirtschaftsgesetz, das Netzausbaubeschleunigungsgesetz, das Bundesbaugesetz und das Gesetz für den Klimafonds. Weiterhin will sie Eckpunkte für die Energiesparverordnung und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz beschließen. Seriöse Arbeit an komplexen Gesetzes ist unter diesen Umständen allerdings kaum möglich. Die Tatsache, dass z.B. beim EEG die Vergütungen für die Windenergie an Land gekürzt werden sollen, während die überwiegend von den Energiekonzernen geplanten Offshore-Anlagen mehr Geld bekommen sollen, zeigt, dass Schwarz-Gelb nicht an einer wirklichen Energiewende mit dezentralen Strukturen interessiert ist. Das am Sonntag beschlossene Energiekonzept von Schwarz-Gelb findet sich **HIER**.

Die Ethikkommission hat vor wenigen Tagen ihre **Empfehlungen** der Bundesregierung überreicht. Darin steht genau das, was wir Grünen schon seit langem fordern: Ein schnelles Abschalten der AKWs sowie den Ausbau der Erneuerbaren Energien und Stromnetze, um die Stromtrassen fit für die Zukunft zu machen. Weitere Infos zu den einzelnen Gesetzesvorhaben, Kommissionen sowie dem Zeitplan für die Anhörung und Verabschiedung der einzelnen Gesetze finden sich **HIER**, zum Thema ‚vermeintliche Stromlücke‘ **HIER** und zur Mär der steigenden Strompreise **HIER**.

Auf dem Weg zu den Erneuerbaren Energien darf die Kohle jedoch nicht die neue „Brücke“ sein, wie die Bundesregierung, aber gerade auch Teile der SPD

neuerdings wieder nahelegen. Neue Kohlekraftwerke werden weder energie-wirtschaftlich benötigt, noch werden sie bei einem hohen Anteil Erneuerbarer Energien im Netz wirtschaftlich zu betreiben sein. Der Ausstieg aus der Kern-energie schafft stattdessen viel Raum für klimafreundliche Investitionen und Innovationen. Der Ausbau von erneuerbaren Energien und von Effizienztechno-logien wie der Kraft-Wärme-Kopplung sind der Garant einer sicheren, zukunfts-fähigen und nachhaltigen Energieversorgung. Weitere Infos dazu finden sich [HIER](#).

2) CCS-Gesetz auf dem Weg trotz vieler ungeklärter Fragen

Mit großer Eile hat das Bundeskabinett Mitte April ein CCS-Gesetz verabschie-det. Bereits 2009 hatte die damalige große Koalition unter dem Druck der Ener-gieversorger noch vor der Bundestagswahl versucht, ein CCS-Gesetz zu verab-schieden. Dieser Gesetzentwurf war jedoch vor allem am Widerstand einzelner Bundesländer – allem voran Schleswig-Holstein und Niedersachsen – geschei-tert. Der jetzt verabschiedete Gesetzentwurf soll den Ländern die Möglichkeit geben, CCS auf ihrem Landesgebiet auszuschließen. Doch das Bundeswirt-schaftsministerium (BMWi) bestätigte uns jüngst, dass Bundesländer CCS auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzentwurfs nicht kategorisch auf ihrem Territorium ausschließen können. Hier gibt es einen offensichtlichen Wider-spruch zwischen den Ministerien innerhalb der Koalition. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#). Auch der unabhängige Wissenschaftliche Dienst des Bundes-tages kommt zu dem Ergebnis, dass keinesfalls von vornherein davon auszuge-hen ist, dass ein Bundesland CCS komplett ausschließen kann. Das Gutachten findet sich [HIER](#).

Während die Bundesregierung schnell ein nationales CCS-Gesetz über die Bühne bringen möchte, erarbeitet die nachgeordnete Bundesbehörde BGR (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) an einem Speicherkatas-ter. Und dies fast unbemerkt von der Öffentlichkeit. Eine von uns angefertigte Karte aller potenziellen Speicherregionen in Deutschland, die auf den Rohda-ten der BGR basiert, findet sich [HIER](#). Meine Rede zur ersten Lesung im Bundes-tag zum CCS-Gesetz findet sich zudem [HIER](#).

3) EEG-Novelle bleibt hinter den Erwartungen zurück

Der Referentenentwurf zur Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG-Novelle) wurde vor einigen Tagen veröffentlicht. Doch die von der Bundesregie-rung groß angekündigte Novelle des EEG in diesem Jahr lässt wenig von einer beschleunigten Energiewende erkennen. Der jetzt bekannt gewordene Referen-tenentwurf aus dem Bundesumweltministerium (BMU) ist wenig ambitioniert und in vielen Teilen unkonkret. Alle wesentlichen Punkte und eine Bewertung finden sich [HIER](#).

4) Gebäudesanierung ist wichtiger Baustein für Energiewende

Die deutliche Verringerung des CO₂-Ausstoßes in Deutschland und der conse- quente Einstieg in die erneuerbaren Energien sind ohne die energetische Mo- dernisierung des Gebäudebestandes nicht zu bewältigen. Die Grünen haben nicht zuletzt deswegen den Antrag ‚[Energieeffizienz und Klimaschutz im Ge- bäudebereich](#)‘ in den Bundestag eingebracht, der ambitionierte Ziele im Be- reich CO₂- und Energieeinsparung für Gebäude setzt. Klar ist aber auch, dass diese Ziele nicht ohne eine langfristige Planungsperspektive und verlässliche Fördermittel erreicht werden können. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

5) Ausbau und Modernisierung der Stromnetze für Energiewende nötig

Für die Energiewende zu den Erneuerbaren Energien sind der Ausbau und die Modernisierung der Stromleitungen unabdingbar. Dies gilt sowohl für große Übertragungsleitungen als auch für intelligente Verteilnetze vor Ort, die es für immer mehr dezentral erzeugten Ökostrom fit zu machen gilt. Doch kommt dieser bisher nur langsam voran. Gerade die Energiekonzerne haben kein Interesse an modernen Stromnetzen, weil diese eine Schlüsselfunktion beim Umbau der Energieversorgung einnehmen und dadurch ihre Marktmacht mit den Großkraftwerken in Frage stellen. Um den Stromnetzausbau jetzt zügig und im breiten gesellschaftlichen Konsens voranzubringen, hat die Grüne Bundestagsfraktion den Antrag „**Modernisierung der Stromnetze – Bürgernah, zügig, für Erneuerbare Energien**“ in den Bundestag eingebracht und konkrete Vorschläge für dessen Ausbau und Modernisierung gemacht.

6) E-Mobilität – den Verkehr unter Strom setzen

Nach der Übergabe des zweiten Berichts der Nationalen Plattform Elektromobilität an die Bundesregierung ist klar, dass mit den Konzepten der Regierung Merkel ein konsequenter und stetiger Ausbau der E-Mobilität nicht zu erreichen ist. Denn nur mit einer gezielten Forschungsförderung wird Deutschland bis 2020 eine Million E-Autos auf die Straße bekommen. Die deutsche Autoindustrie hat bereits zu lange beim Thema E-Mobilität auf der Standspur gestanden. Wir müssen den Autostandort Deutschland endlich auf die Überholspur bringen. Nur das sichert Arbeitsplätze und trägt zu einer klimagerechten Mobilität bei. Wie dies gehen soll und alle weiteren Infos finden sich **HIER**.

7) Kapazitäten der Erdgasspeicher haben sich versiebenfacht

In Deutschland hat in den vergangenen 30 Jahren nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit ein erheblicher Ausbau der Erdgasspeicher stattgefunden. Dies ist das Ergebnis einer Kleinen Anfrage, die wir an die Bundesregierung gestellt haben. Innerhalb dieses Zeitraums haben sich die vorhandenen Kapazitäten versiebenfacht. Es ist eine Infrastruktur entstanden, die die Gasversorgung in Deutschland jederzeit sicherstellt. Allerdings ergeben sich in dem Zusammenhang auch Probleme im Bereich des Anwohnerschutzes, der vom geltenden deutschen Bergrecht nicht angemessen berücksichtigt wird. Die Ergebnisse der Kleinen Anfrage finden sich **HIER**.

8) Update zu Unkonventionellem Erdgas

Medienberichte haben aufgedeckt, dass das umstrittene Bohrverfahren Hydraulic Fracturing im Oktober 1995 bereits bei zwei Testbohrungen im Münsterland angewendet wurde. Dabei wurden 121.000 l Fracflüssigkeit, 41,7 t Sand und 65.400 m³ Stickstoff in das kohleflözführende Karbongestein gepresst. In der Vergangenheit hatte die für die Genehmigungen zuständige Bezirksregierung Arnsberg stets bestritten, dass das Verfahren in NRW schon früher zur Anwendung gekommen sei. Nähere Informationen dazu finden Sie **HIER**.

Das Thema Unkonventionelles Erdgas beschäftigt auch weiterhin die Wissenschaft. Die Cornell University sowie die Duke University haben Untersuchungen zu den ökologischen Auswirkungen der Förderung von Unkonventionellem Erdgas veröffentlicht. Die Ergebnisse wecken erneute Zweifel an der Sicherheit des Hydraulic Fracturing-Verfahrens und stellen die Klimabilanz von Unkonventionellem Erdgas massiv in Frage. Eine vom englischen ‚House of Commons‘ durchgeführte Studie sieht dagegen einen überwiegenden

wirtschaftlichen Nutzen der shale-gas-Förderung gegenüber den aus Sicht der Autoren beherrschbaren Umweltrisiken. Nähere Informationen sowie alle Studien finden sich [HIER](#).

Der Grüne Landesparteitag am vergangenen Wochenende in Emsdetten hat zum Thema unkonventionelles Erdgas einstimmig einen Antrag verabschiedet der sich [HIER](#) findet.

9) Gesetzesänderungen bei PV-Anlagen tragen zur Rechtssicherheit bei

Ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster hatte im vergangenen Jahr für Aufregung bei Eigentümern von Photovoltaik-Anlagen gesorgt. Das Gericht entschied, dass die Errichtung einer solchen Anlage, die zu einer Nutzungsänderung des Gebäudes führt, einer Baugenehmigung bedarf. Inzwischen kann teilweise Entwarnung gegeben werden: Die Novellierung des Bundesbaugesetzbuches sowie die von der Bauministerkonferenz erlassene Musterbauordnung für die Landesbauordnungen schaffen zunehmend Rechtsklarheit. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

10) In Windrädern verwendetes Neodym sorgt für Umweltschäden in China

Der Rohstoff Neodym – eine der sog. „Seltene Erden“ – ist zuletzt in die Schlagzeilen geraten, weil sein Abbau in China mit erheblichen Umweltzerstörungen verbunden ist. Neodym wird unter anderem von manchen Herstellern bei der Produktion von Windrädern verwendet. Dagegen verwendet etwa der deutsche Windenergiemarktführer Enercon kein Neodym. Bei der Trennung des Neodymerzes vom geförderten Gestein entstehen giftige Abfallprodukte. Außerdem wird radioaktives Uran und Thorium beim Abbauprozess freigesetzt. Wir fordern die Hersteller, die Neodym verwenden auf, den Einsatz von Neodym zu verringern und den Rohstoff nach Möglichkeit komplett zu ersetzen. Nähere Informationen sowie unsere Forderungen finden Sie [HIER](#).

11) Politik trifft Wirtschaft – Wirtschaftsjunior im Bundestag

Eine Woche den Berliner Politikbetrieb hautnah miterleben: Diese Chance hatte der Unternehmer Patric Prager im Büro des Dürener Bundestagsabgeordneten Oliver Krischer. Gemeinsam mit rund 200 anderen Wirtschaftsjunioren und Bundestagsabgeordneten nahmen beide am Projekt „Know-how-Transfer“ der Wirtschaftsjunioren Deutschland teil. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

12) Kommunalpolitischer Ratschlag zum neuen Windenergieerlass

Vor einigen Tagen trafen sich im Düsseldorfer Landtag 60 Grüne KommunalpolitikerInnen. Anlass war der neue Windenergieerlass, den das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Anfang Juni veröffentlichen wird. Staatssekretär Udo Paschedag und Gisela Nacken, Beigeordnete für Planung und Umwelt der Stadt Aachen, erläuterten den Teilnehmern die Grundzüge des neuen Erlasses und diskutierten mit Ihnen die sich daraus ergebenden Chancen und Möglichkeiten. Einen Bericht über die Veranstaltung Präsentationen der Referenten finden Sie [HIER](#) auf der Homepage der energiepolitischen Sprecherin der Grünen in NRW, Wibke Brems.

13) Termine

10. Juni: Fachgespräch Kraft-Wärme-Kopplung

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist die gleichzeitige Erzeugung und Nutzung von Strom und Wärme und eine sehr effiziente Form der Energieerzeugung. Mit Gesamtwirkungsgraden von bis zu 90 Prozent und einem entsprechend geringen CO₂-Ausstoß je erzeugter und genutzter Kilowattstunde Strom und Wärme ist die KWK hocheffizient und trägt zu Ressourcen- und Klimaschutz bei. Dennoch stagniert der Anteil der KWK an der Stromerzeugung weiterhin bei ca. 12 Prozent. Die Gründe dafür liegen zum einen in der nicht ausreichenden Förderhöhe und –dauer, in administrativen Hemmnissen und strukturellen Fehlern im KWKG, sowie im Falle der Mini-KWK in der haushaltsabhängigen Förderstruktur. Als Reaktion auf die dramatischen Ereignisse in Fukushima hat die Bundesregierung nun jedoch u.a. eine Novelle des KWKG angekündigt. Dieses Handlungsfenster gilt es zu nutzen und eigene Vorschläge für den Ausbau der KWK zu erarbeiten. Im Rahmen eines Fachgesprächs im Bundestag mit Experten möchten wir daher die Schwächen der derzeitigen Förderstruktur identifizieren und Lösungen dafür erarbeiten. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

17. Juni: Filmvorführung „Energie in Bürgerhand“ in Gera

Nicht erst seit den schrecklichen Ereignissen in Japan wünscht sich eine überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Film „Neue Energie in Bürgerhand“ – zeigt am Beispiel mehrerer Gemeinden in Deutschland, wie der Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien funktionieren kann und regt zur Nachahmung an. Ihr Beispiel macht Mut und bringt die Chancen und Vorteile eines konsequenten Ausbaus der Erneuerbaren Energien auch den Bürgerinnen und Bürgern näher, die sich bisher noch nicht intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Die grüne Bundestagsfraktion geht mit diesem Film auf eine bundesweite Tour und diskutiert vor Ort über die Energieversorgung der Zukunft. Weitere Infos zum Film und der anschließenden Podiumsdiskussion finden sich [HIER](#).

18. Juni: Braunkohle-Veranstaltung in Bergheim (NRW)

Der Braunkohlebergbau hat zusammen mit der Brikettherstellung und der Kohleverstromung weit über 100 Jahre die Region zwischen Aachen, Köln und Düsseldorf geprägt. Die rot-grüne Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass über die drei laufenden Tagebaue – Inden, Hambach und Garzweiler hinaus, keine neuen Tagebaue mehr genehmigt werden. Deshalb gilt es, heute über den unumgänglichen Strukturwandel nachzudenken und diesen bei allen Planungen zu berücksichtigen. Für die Menschen in der Region muss ein Ende des Tagebaus umfassend und rechtzeitig vorbereitet werden. Die rot-grüne Landesregierung engagiert sich dazu unter anderem mit dem Projekt „Innovationsregion Rheinisches Revier“. Ziel der Veranstaltung am 18. Juni im Kreishaus Bergheim ist es, den Auftakt einer Debatte in der Region zum Strukturwandel zu machen und wichtige Aspekte aufzeigen. Weitere Infos zur Veranstaltung und Anmeldung finden sich [HIER](#).

01. Juli: Info-Austausch: Rolle der Stadtwerke in der Energiewende

Am 01. Juli 2011 treffen sich im Düsseldorfer Landtag Grüne Stadtwerke-Aufsichtsräte zu einem Informationsaustausch zu den Themen Rekommunalisierung und Einflussmöglichkeiten von Stadtwerken auf die Umwelt- und Energiepolitik ab 16 Uhr. Wir freuen uns, dass wir den NRW-

Umweltminister Johannes Remmel als Referent gewinnen konnten. Zudem wird auch Achim Zerres, Leiter der Energieabteilung der Bundesnetzagentur sowie weitere spannenden Gäste über die Themen Netze und energiewirtschaftliche Handlungsoptionen kommunaler Versorger auf dem Podium diskutieren. Für weitere Infos können Sie sich in unserem Büro melden.

9. Juli: GAR NRW zur kommunalen Energiepolitik in Oberhausen

Die Europa-, Bundes- und Landespolitik kann nur Rahmenbedingen für die Energiewende setzen. Umgesetzt werden muss sie mit konkreten Projekten in den Kommunen vor Ort. Die kommunalpolitische Vereinigung Grüne Alternative in den Räten e.V. (GAR) hat zu den Möglichkeiten kommunaler Energiepolitik am 09., Juli 2011 in Oberhausen eine Ganztagsveranstaltung organisiert. Mehr dazu auf www.gar-nrw.de